



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 44

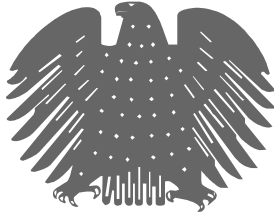
27. August 2008

Eisel und Kelber: Regierungsbericht belegt niedrige Kosten von zwei Regierungsstandorten „Ohne Totalumzug werden über 190 Mio € Steuern pro Jahr gespart“

Die Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel und Ulrich Kelber sagten in einer gemeinsamen Stellungnahme zum Bericht der Bundesregierung an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages über die jährlichen Kosten der Aufteilung der Regierungsfunktionen zwischen Bonn und Berlin:

„Die Bundesregierung hat auf Fragen des Haushaltsausschusses detailliert dargelegt, dass die konkreten Ausgaben, die jährlich durch die im Berlin-Bonn-Gesetz festgelegte Aufteilung der Regierungsstandorte entstehen, bei nur 8,8 Mio € liegen. Damit sind alle Spekulationen über hohe zweistellige Millionenbeträge widerlegt und es ist nachgewiesen, dass die jetzige Regelung den Steuerzahler viel billiger kommt als jede Form eines weiteren Umzugs.

Der Berlin-Umzug vor zehn Jahren hat rund 10 Mrd € gekostet. Er betraf das Parlament und etwa die Hälfte der Mitarbeiter der Bundesregierung. Selbst wenn man für den von manchen geforderten „Totalumzug“ nur die Hälfte - also 5 Mrd € - ansetzen würde, würden allein die Zinsen für einen „Totalumzug“ jährlich bei ca. 200 Mio € liegen. Das heißt: Weil es keinen Totalumzug gibt, spart der Steuerzahler über 190 Mio € im Jahr.



Dr. Stephan Eisel

Mitglied des Deutschen Bundestages

Wahlkreisbüro: Markt 10-12

53111 Bonn

0228 -184 99832

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel. 030 - 227 – 77088

stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 44

27. August 2008

Aus dem Bericht der Bundesregierung geht hervor, dass von den jährlichen Aufteilungskosten ca. 4,7 Mio € auf Dienstreisen entfallen. Da sind ca. 230 € pro Mitarbeiter der Bundesregierung. Der Bericht der Bundesregierung hebt ausdrücklich hervor, dass „die Bediensteten Reisezeiten auch zum mobilen Arbeiten nutzen“. Durch die Nutzung moderner Kommunikationsmittel werden auch die Reisekosten weiter sinken.

700.000 € werden für Geräteanschaffung aufgewandt, nur 220.000 € entfallen jährlich in Bonn für die Anmietung von Gebäuden durch die Regierung. Etwa 1 Mio € kostet die Zahlung von umzugsbedingtem Trennungsgeld und Beihilfen. Diese Summe wird sich in den nächsten Jahren weiter reduzieren.

Insgesamt belegt der Regierungsbericht die effiziente Umsetzung des Berlin-Bonn-Gesetzes. Manches Unternehmen hätte Schwierigkeiten bei 20.000 Beschäftigten an zwei Standorten die Kosten auf jährlich nur 8,8 Millionen zu begrenzen.“